



DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Von Expert*innen empfohlen: Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Im September 2021 haben 59,1 Prozent der Berliner*innen dem Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« ihre Zustimmung gegeben. Dieses Votum bietet keinen Interpretationsspielraum: Berlin will vergesellschaftet und 270.000 Wohnungen in öffentliche Hand überführen.

Seit Beginn an unterstützt die Berliner LINKE die Forderung nach Vergesellschaftung. Auf diesem Weg können wir für dauerhaft bezahlbare Wohnungen sorgen und die explodierenden Mieten endlich stoppen. Damit Berlin bezahlbar bleibt, muss der Volksentscheid nun zügig umgesetzt werden.

Grünes Licht für Vergesellschaftung

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid hat der Senat eine hochkarätige Expert*innenkommission damit beauftragt, Fragen zur konkreten Umsetzung zu klären.

Jetzt hat die Kommission ihren Bericht vorgelegt und stellt fest: Vergesellschaftung ist rechtlich möglich, finanziell leistbar und ein gutes Instrument, um für bezahlbares Wohnen zu sorgen.

Die Kommission ist sich außerdem einig: Genossenschaften werden rechtssicher

Von Expert*innen empfohlen: Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Im September 2021 haben 59,1 Prozent der Berliner*innen dem Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« ihre Zustimmung gegeben. Dieses Votum bietet keinen Interpretationsspielraum: Berlin will vergesellschaftet und 270.000 Wohnungen in öffentliche Hand überführen.

Seit Beginn an unterstützt die Berliner LINKE die Forderung nach Vergesellschaftung. Auf diesem Weg können wir für dauerhaft bezahlbare Wohnungen sorgen und die explodierenden Mieten endlich stoppen. Damit Berlin bezahlbar bleibt, muss der Volksentscheid nun zügig umgesetzt werden.

Grünes Licht für Vergesellschaftung

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid hat der Senat eine hochkarätige Expert*innenkommission damit beauftragt, Fragen zur konkreten Umsetzung zu klären.

Jetzt hat die Kommission ihren Bericht vorgelegt und stellt fest: Vergesellschaftung ist rechtlich möglich, finanziell leistbar und ein gutes Instrument, um für bezahlbares Wohnen zu sorgen.

Die Kommission ist sich außerdem einig: Genossenschaften werden rechtssicher

von einer Vergesellschaftung ausgenommen. Die Panikmache der CDU und der Immobilienlobby gegen den Volksentscheid ist durchschaubar und hatte nichts mit einer ernsthaften Unterstützung von Genossenschaften zu tun.

Auf Grundlage des Berichts muss jetzt zügig ein Gesetz zur Vergesellschaftung des Grund und Bodens der privaten Immobilienkonzerne Deutsche Wohnen, Vonovia & Co. erarbeitet und umgesetzt werden.

Nach der Vergesellschaftung ist eine Entschädigung nötig. Aber die Kommission bestätigt: entschädigt werden kann sehr deutlich unterhalb der normalen Marktpreise. Damit ist die Vergesellschaftung günstiger als der Ankauf. Vergesellschaftung, das ist eine gute Investition für bezahlbare Mieten.

Bezahlbare Mieten sind möglich

Es gibt keine Ausreden mehr. Die Expert*innenkommission hat die letzten rechtlichen Hürden aus dem Weg geräumt. Die Berliner*innen haben sich entschieden, der Senat muss liefern. Dafür machen wir als Berliner LINKE zusammen mit den Mieter*innen in der Stadt Druck.

Vergesellschaftung ist dringend nötig. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Denn die Lage auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich weiter dramatisch zu. Aktuell steigen die Mieten so stark wie nie zuvor. Auch die Preise für Lebensmittel, Energie und Heizung steigen. Große Immobilienkonzerne wie Vonovia kündigen trotzdem an, die Mieten anzuheben.

Wohnen darf keine Ware sein

DIE LINKE ist bis heute die einzige Partei, die sich konsequent für die Vergesellschaftung großer privater Immobilienbestände einsetzt. Trotz des großen Erfolgs beim Volksentscheid und vieler überzeugender Argumente ist der Widerstand nicht nur in der Immobilien-Lobby, sondern auch in den Regierungsparteien CDU und SPD weiter groß. Damit wir erfolgreich sind, braucht es auch weiter den Druck von der Straße und in den Kiezen. Gemeinsam machen wir Wohnen bezahlbar!

Die Kommission des Senats stellt fest: Deutsche Wohnen & Co enteignen ist machbar.

- Rechtlich machbar: **JA**
- Finanziell machbar: **JA**
- Macht Wohnen bezahlbar: **JA**

Volksentscheid umsetzen!

dielinke.berlin/vergesellschaftung

Selbst aktiv werden?

Wir freuen uns immer über neue Mitstreiter*innen für eine soziale, gerechte und friedliche Gesellschaft. Du willst auch aktiv werden? Dann werde Mitglied und bring dich ein: www.dielinke.berlin/mitmachen

DIE LINKE.

*DIE LINKE. Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 92 89 · Fax: 030/24 00 92 60
info@dielinke.berlin · www.dielinke.berlin
V.i.S.d.P. Sebastian Koch*

**Unterstützen Sie unsere Politik mit Ihrer Spende:
www.dielinke.berlin/spenden**

von einer Vergesellschaftung ausgenommen. Die Panikmache der CDU und der Immobilienlobby gegen den Volksentscheid ist durchschaubar und hatte nichts mit einer ernsthaften Unterstützung von Genossenschaften zu tun.

Auf Grundlage des Berichts muss jetzt zügig ein Gesetz zur Vergesellschaftung des Grund und Bodens der privaten Immobilienkonzerne Deutsche Wohnen, Vonovia & Co. erarbeitet und umgesetzt werden.

Nach der Vergesellschaftung ist eine Entschädigung nötig. Aber die Kommission bestätigt: entschädigt werden kann sehr deutlich unterhalb der normalen Marktpreise. Damit ist die Vergesellschaftung günstiger als der Ankauf. Vergesellschaftung, das ist eine gute Investition für bezahlbare Mieten.

Bezahlbare Mieten sind möglich

Es gibt keine Ausreden mehr. Die Expert*innenkommission hat die letzten rechtlichen Hürden aus dem Weg geräumt. Die Berliner*innen haben sich entschieden, der Senat muss liefern. Dafür machen wir als Berliner LINKE zusammen mit den Mieter*innen in der Stadt Druck.

Vergesellschaftung ist dringend nötig. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Denn die Lage auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich weiter dramatisch zu. Aktuell steigen die Mieten so stark wie nie zuvor. Auch die Preise für Lebensmittel, Energie und Heizung steigen. Große Immobilienkonzerne wie Vonovia kündigen trotzdem an, die Mieten anzuheben.

Wohnen darf keine Ware sein

DIE LINKE ist bis heute die einzige Partei, die sich konsequent für die Vergesellschaftung großer privater Immobilienbestände einsetzt. Trotz des großen Erfolgs beim Volksentscheid und vieler überzeugender Argumente ist der Widerstand nicht nur in der Immobilien-Lobby, sondern auch in den Regierungsparteien CDU und SPD weiter groß. Damit wir erfolgreich sind, braucht es auch weiter den Druck von der Straße und in den Kiezen. Gemeinsam machen wir Wohnen bezahlbar!

Die Kommission des Senats stellt fest: Deutsche Wohnen & Co enteignen ist machbar.

- Rechtlich machbar: **JA**
- Finanziell machbar: **JA**
- Macht Wohnen bezahlbar: **JA**

Volksentscheid umsetzen!

dielinke.berlin/vergesellschaftung

Selbst aktiv werden?

Wir freuen uns immer über neue Mitstreiter*innen für eine soziale, gerechte und friedliche Gesellschaft. Du willst auch aktiv werden? Dann werde Mitglied und bring dich ein: www.dielinke.berlin/mitmachen

DIE LINKE.

*DIE LINKE. Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 92 89 · Fax: 030/24 00 92 60
info@dielinke.berlin · www.dielinke.berlin
V.i.S.d.P. Sebastian Koch*

**Unterstützen Sie unsere Politik mit Ihrer Spende:
www.dielinke.berlin/spenden**